

Bundesrat

Drucksache 650/2/98
(Grunddrs. 650/98 u. 651/98)

24.09.98

Antrag

der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des
Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1999
(Haushaltsgesetz 1999)**

Finanzplan des Bundes 1998 bis 2002

Punkte 2 a) und 2 b) der 729. Sitzung des Bundesrates am
25. September 1998

Der Bundesrat möge wie folgt Stellung nehmen:

"1. Nur mit einer konsequent stabilitätsorientierten Finanzpolitik können die binnen- und außenwirtschaftlichen Herausforderungen gemeistert und den finanzpolitischen Konvergenzwerten in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion Rechnung getragen werden. Der Bundesrat stellt fest, daß die Bundesregierung mit ihrem Haushaltsentwurf für 1999 und der Finanzplanung bis 2002 einen wichtigen Beitrag in diesem Sinne leistet. Die deutlich unterhalb der erwarteten Zuwächse des Bruttoinlandsprodukts liegenden Ausgabensteigerungsraten und die kontinuierliche Rückführung der Neuverschuldung setzen die richtigen Signale. Mit der strikten Begrenzung der Ausgaben wird zugleich Spielraum geschaffen, um die insgesamt

Ausgeliefert am 24. SEP. 1998

zu hohe Belastung der Bürger und Unternehmen mit Steuern und Abgaben zurückzuführen.

2. Die schwierige Situation am Arbeitsmarkt in Verbindung mit den Auswirkungen im Bereich der sozialen Sicherungssysteme sowie die Folgewirkungen internationaler politischer und wirtschaftlicher Verwerfungen bedeuten auch für den Bundeshaushalt Unwägbarkeiten. Der Bundesrat ist bereit, im Zuge einer vorbehaltlosen Prüfung aller Aufgaben und Ausgabenbereiche konstruktiv mitzuwirken, um die Absicherung etwaiger Haushaltsrisiken ohne zusätzliche Kreditaufnahme zu bewältigen und darüber hinaus den weiteren Abbau der öffentlichen Defizite voranzubringen.
3. Die Finanzpolitik hat nicht nur den aktuellen Entwicklungen Rechnung zu tragen, finanzpolitische Entscheidungen wirken vielmehr über längere Zeiträume. Ein zukunftsfähiges Staatswesen und dessen Finanzierung liegt im Interesse der Steuer- und Abgabenzahler. Ziel muß es sein, die Staatstätigkeit zu optimieren und damit die Möglichkeit zu schaffen, Staats- und Abgabenquoten zu vermindern. Der Bundesrat begrüßt, daß die mittelfristige Finanzplanung des Bundes, die insbesondere auch in der Konzeption "Symmetrische Finanzpolitik 2010" ihre Entsprechung und Fortführung findet, diesem Ziel gerecht wird.
4. Der Bundesrat stellt fest, daß die Veranschlagung der Ausgabenansätze im Haushaltsentwurf 1999 des Bundes vor dem Hintergrund eines engen Gesamtrahmens erfolgte. Gleichwohl ist es unerlässlich,

zukunftswirksame, investive Bereiche, insbesondere auch bei den gemeinsamen Finanzierungen ausreichend auszustatten. Unbeschadet des Ziels, Mischfinanzierungen zu entflechten und generell die Kompetenzen von Bund und Ländern stärker voneinander abzugrenzen, kann der Bund sich nicht durch Absenkung von Mitfinanzierungsansätzen einseitig zurückziehen. So reichen die Bundesmittel für den Hochschulbau nicht für eine ausgabenbegleitende Mitfinanzierung der Gemeinschaftsaufgabe aus. Anstelle neuer Ansätze, die zudem verfassungsrechtliche Probleme aufwerfen, sollte die Gemeinschaftsaufgabe selbst besser dotiert werden. Die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" als zentrales Instrument zur Förderung strukturschwacher Regionen sollte wie schon im Bereich der neuen Länder auch für den Bereich der alten Länder angemessen ausgestattet werden. Zumindest das Niveau des Jahres 1997 erscheint geboten, um auch im Interesse der Erhaltung regionalpolitischer Handlungsspielräume Fördermöglichkeiten vor allem für Existenzgründer und kleinere und mittlere Unternehmen in den Fördergebieten der alten Länder zu gewährleisten.

5. Der Bundesrat begrüßt, daß trotz der zunehmenden Enge bei den Ausgaben dem Aufbau Ost weiterhin Priorität zukommt. Die Aufwendungen zugunsten der neuen Länder werden sich auch künftig auf hohem Niveau bewegen. Mit den Mitteln für den Ausbau der Infrastruktur, für die Wirtschaftsförderung und den Wohnungsbau wird der Fortgang des Strukturwandels in den neuen Ländern nachhaltig unterstützt."